

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschrift: Nachrichten Dresden
Gesamtdruck-Gesellschaft: 26541
Nr. für Postbesonderheit: Nr. 20011
Schriftleitung u. Druckverlag: 26541
Dresden - K. L. Westendstraße 28/29

Bezugspreise bei halbjährlicher Zahlung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für
Zugabe) und bei vierteljährlicher Zahlung 1,20 RM. (einschließlich 10 Pfg. für
Zugabe) bei 7mal wöchentlichem Erscheinen. Abonnement 12 Pfg. außerhalb Dresdens 20 Pfg. Anzeigen-
preise: Die erste Spalte 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für außerhalb 40 Pfg., Familienanzeigen und
Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 200 Pfg.,
außerhalb 300 Pfg. Offizieller Briefkasten 20 Pfg. Kautionsfreie Kautions gegen Verzugszahlung

Draht u. Verlag: Meißel & Weidner,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, K. L. Westendstraße 28/29)
Verlags- und Druckerei
Schriftleitung werden nicht aufbewahrt

Brünings Mehrheit gesichert

Auf sozialistischen Krücken

Die Misstruensanträge werden umgangen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Oktober. Nach den eigentlich schon genügenden Andeutungen der Sozialdemokratie gestern und in den vorhergehenden Tagen läßt jetzt das Zentralorgan der SPD. hinsichtlich seiner Haltung zum Kabinett Brüning endgültig den Schleier fallen, indem es feststellt, daß die Sozialdemokratie von keiner anderen Partei die Zeit vorschreiben lasse, zu der die Sozialdemokratie dem Kabinett Brüning das Misstrauen aussprechen werde. Wenn die Sozialdemokratie den Misstruensanträgen von rechts und links die Zustimmung versage, so sei das „weber eine Vertrauens-erklärung für die Persönlichkeiten, die diesem Kabinett angehören, noch eine Zustimmung zu dem angeführten Finanzprogramm“.

Diese Erklärung reicht hin. Man weiß jetzt endgültig, daß die Sozialdemokratie das Kabinett Brüning bei den jetzt anstehenden Abstimmungen stützen wird.

Diätenkürzung um 20 Prozent

Berlin, 18. Oktober. Der Reichstag hat am Sonntagmorgen früh mit den Anträgen auf Herabsetzung der Tagessumme für die Abgeordneten. Es wurde beschlossen, die Diäten um 20 Prozent und die besonderen Entschädigungen für Auslandsreisen um 30 Prozent zu kürzen. Dem Plenum soll jedoch vorgeschlagen werden, diese Regelung nur provisorisch zu treffen, weil bei einer vollständigen Neuordnung der Diäten auch eine Anpassung an die Minister- und Beamtenbefehdung vorzunehmen sei. Die provisorische Regelung soll vom 1. November gelten.

An den Dispositionen des Reichstages wurde nichts geändert. Man hofft, die Abstimmungen über die Misstruensanträge, die nach Wunsch der Regierungsparteien durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden sollen, und die dritte Lesung des Schuldenentlastungsgesetzes (Ueberbrückungskredit) in der heutigen Vollversammlung. Dann tritt eine Pause in den Beratungen des Reichstages ein, über deren Länge noch nicht Bescheid steht.

Auch in Sachsen?

Nachdem im Reichstag die Herabsetzung der Diäten beschlossen worden ist, ergeben sich auch für den Sächsischen Landtag dieselben Konsequenzen. Denn

kommt der Reichstag zu einem solchen Beschluß, dann folgt nach dem sächsischen Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten automatisch auch eine Herabsetzung der Diäten in Sachsen. Das sächsische Gesetz sagt nämlich, daß die Landtagsabgeordneten eine Aufwandsentschädigung erhalten, die für die in Dresden wohnhaften Abgeordneten 80 vom Hundert, für die außerhalb Dresdens wohnhaften Abgeordneten 90 vom Hundert der jeweiligen den Mitgliedern des Deutschen Reichstages zustehenden Aufwandsentschädigung beträgt. — Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß bei den Anforderungen, die der Parlamentarismus an die einzelnen Abgeordneten stellt, eine Aufwandsentschädigung unbedingt gerechtfertigt ist, weil sonst wirtschaftlich Schwache überhaupt nicht in der Lage wären, ein parlamentarisches Mandat auszuüben. Anders liegt die Frage bezüglich der Höhe der Entschädigung im allgemeinen und im besonderen bezüglich der häufigen und sehr langen Pausen. Der gegenwärtige Sächsische Landtag ist bekanntlich am 12. Juli erstmalig zusammengetreten und hat, weil er sich nach alter Übung wiederholt und lange verlagte bis zum vergangenen Donnerstag, an dem er wieder auf vier Wochen in Ferien ging, ganze zehn Sitzungen abgehalten. Dafür haben die in Dresden wohnenden Abgeordneten für Juli, August, September und Oktober pro Kopf 200 Mark Diäten bezogen, so daß also auf einen Plenarsitzungstag die Kleinigkeit von 200 Mark entfällt. Bei den auswärtigen Abgeordneten ist der Betrag auf Grund des Aufwandsentschädigungsgesetzes noch entsprechend höher. In der gegenwärtigen Zeit würde es zweifellos einen guten Eindruck machen, wenn die Herren Parlamentarier die Regelung ihrer Bezüge möglichst bald auf die Tagesordnung setzen würden.

Ungültigkeitserklärung der volkonservativen Mandate?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Oktober. Noch im Laufe dieses Monats wird in Berlin die erste Sitzung des Wahlprüfungsgerichtes beim Reichstag stattfinden. Das Gericht besteht aus einem Beauftragten der Reichsregierung, zwei Reichsgerichtsräten und je einem Vertreter der sechs größten Reichstagsfraktionen. Im Reichstag wird nun damit gerechnet, daß ein Spruch zustande kommt, der die volkonservativen Mandate samt und sonders für ungültig erklärt. Alle diese Mandate würden dann dem Volkvolk zufallen. Wenn es so kommt, dann würden die Herren Graf Westarp, von Lindener-Wildau, Lambach und Treutmann ihre Mandate verlieren.

Der Stahlhelmvorstoß in Preußen

Die Ziele des Volksbegehrens

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Oktober. Entsprechend der Entschlieung des Bundesvorstandes des Stahlhelms hat die Bundesführung die Absicht, wie bereits in der Presse mitgeteilt wurde, ein Volksbegehren in der Preußenfrage einzubringen. Die vorbereitenden Arbeiten dafür sind bereits im Gange, und es steht zu erwarten, daß der Wortlaut der Stahlhelmforderungen der Öffentlichkeit in der nächsten Zeit vorgelegt werden wird. Die Zielsetzung der Aktion ist aus vorliegender Entschlieung bereits zu erkennen. Es wird sich vor allem darum handeln, die Auflösung des derzeitigen, seit 14. September überständigen Preussischen Landtages, der entgegen den Grundgedanken der Demokratie von Herrn Braun noch immer zur Grundlage seiner roten Diktatur ausgenutzt wird, herbeizuführen. Dieses Ziel, das auf parlamentarischen Wege zu erreichen auch andere politische Gruppen bereits Anstrengungen gemacht haben, kann jedoch, wie die Stahlhelmkorrespondenz unterstreicht, für den Stahlhelm nur ein taktisches sein. Seiner ganzen Weisheit nach ist der Stahlhelm nicht auf destruktive, sondern aufbauende Arbeit eingestellt. Entsprechend dem Verhältnis der Septemberwahl, würde ein demnächst neuwählender Landtag nicht imstande sein, aus sich heraus eine tragfähige Regierungsmehrheit im Sinne der bisherigen parlamentarischen Verfassung zu bilden, würde also völlig regierungsunfähig sein. Die Voraussetzung dieser Regierungsbildung ist eben die Auflösung des Landtages durch ein neues, das taktische Ziel der Landtagsauflösung durch ein weitergestrecktes verfassungspolitisches zu ergänzen. Auf Preußen bezogen bedeutet das die Notwendigkeit, eine politische Funktion zu schaffen, die gegenüber dem arbeitsunfähigen Landtag dieselbe Funktion auszuüben vermag, wie sie der Reichspräsident gegenüber dem Reichstag auszuüben in der Lage ist, das heißt, es muß ebenso wie das in anderen deutschen Ländern bereits der Fall ist,

der Posten eines Staatspräsidenten geschaffen werden, dem die Befugnisse der Landtagsauflösung, der Minister-

ernennung usw. zuzuführen. Auf die Reichspolitik bezogen ergibt sich dann jedoch weiter die Notwendigkeit, den Posten des preussischen Staatspräsidenten in Personalunion mit dem des Reichspräsidenten zu vereinigen.

Fried bleibt im Amt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Okt. Die Presseleitung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion teilt mit: Die Linkspresse verbreitet die Meldung, der thüringische Minister Fried habe die Absicht, aus der thüringischen Regierung auszutreten, weil ihn die Arbeiten als Vorsitzender der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu sehr in Anspruch nehmen. Daran ist jedoch kein wahres Wort. Staatsminister Fried denkt nicht daran, zurückzutreten. Jede Aenderung der thüringischen Regierung hat als Voraussetzung die Auflösung des thüringischen Landtages.

Wer bezahlt die Wahlschulden?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Okt. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens hat am 10. Oktober ein Rundschreiben an die Führer der Volksnationalen Reichsvereinigungen und die Meister des Ordens erlassen, in dem es unter Punkt 4 heißt: Die Wahlschulden werden in den meisten Fällen eine Angelegenheit der Staatspartei sein. Da wir nicht mehr zu ihr gehören, kann man nicht von uns verlangen, daß wir an der Bezahlung dieser Schulden teilnehmen.

Der Reichsvorstand der Volksnationalen Reichsvereinigungen hatte am Freitag unter dem Vorsitz von Artur Mahraun in Berlin getagt, wobei eine Entschlieung angenommen wurde, in der gesagt wird, daß die Entschlieung, die die Staatspartei in der letzten Zeit angenommen hätte, die Erreichung der volksnationalen Ziele unmöglich gemacht habe. Der Reichsvorstand billigte einstimmig die Gründe, die die volksnationalen Mitglieder zum Austritt bewogen hätten.

Koalition der Aengste

Der Kanzler Brüning war für viele die große, un-durchsichtige, geheimnisvolle Sphinx der Nachkriegspolitik. Das galt um so mehr, weil sein kluges, gleiches Gesicht mit dem interessantesten asthetischen Ausdruck in den Stürmen nach der Wahl immer gleich gelassen blieb, und weil seinem Mund niemals ein Sterbenswörtchen zu der Wahlüberlage seines Regierungsblocks entfloß. Er schwebte mit Beharrlichkeit und blieb auf seinem Reichstagsstuhl sitzen, als sei im parlamentarischen Kräftepiel auch nicht die geringste Veränderung eingetreten. Kein Wunder, daß man im ganzen Lande mit Spannung sondergleichen auf Brünings große Erklärung wartete und die Reugierde an den Rätseln dieses „Diktators wider Willen“ herumbeutelte und seine Erscheinung in eine immer mystischere, geheimnisvollere Sphäre hob. Nun, die Sphinx hat gesprochen, sie hat sich enträtselt, entschlei-ert. Und siehe, ihr einziger Trumpf, das Schweigen, ist ausgepielt. Was ist uns der Kanzler Brüning nun? Eine Sphinx ohne Geheimnisse! Das könnte paradox klingen, aber nun bestätigt es eine Regierungserklärung, die bereits hundertfach bekannt war, und eine Reichstagsdiskussion, die den prompten Umsall der Sozialdemokraten aufzeigte. Auch das hat nicht überrascht. Die rote Bonzokratie hat zwar den Wahlkampf gegen Brüning und die Seinen mit beispielloser Hebe geführt und dabei alle Register einer verlogenen Demagogie gezogen, aber nur ein klägliches Flasko erlitten. Die alte Garde hat man mehr durch das Gesetz der Trägheit der Massen als durch die in hundert Wahlkämpfen abgegriffenen Scheidemünzen vom Brotwucher bis zum drohenden Gelpens des Faschismus bei der Stange gehalten. Die Jugend und viele Wachgewordene sind fortgegangen. Sie haben sich stärkeren und neueren Parolen angeschlossen. Also schön, denkt die sozialdemokratische Bonzokratie: Reite sich wer kann, verehren wir jetzt, was wir früher im Wahlkampf verbrannt haben. Die Hauptfrage ist, wir behalten Preußen, das Parteiparadies, in dem Braun der Reichs-alle Kemler und einträgliehen Pötschen, wo immer sie sich losrennen, mit den Gefinnungstüchtigen im Lande befehlt hat. Braunschwelger oder Thüringer Verhältnisse, bei denen eine Rechtsregierung dem maßlos zurückgesetzten guten alten Berufsbeamtentum wieder zu seinen Rechten gegen alle beamteten Parteibuchhalter verholfen hat, kommen noch früh genug. Ein solcher preußischer Parteibuchhalter von Brauns Gnaden hat einmal auf einen Aktenband, der ihm irrtümlicherweise angeleitet wurde, die klassischen Worte geschrieben: „Bedrückt mich nicht.“ Dasselbe denkt gegenwärtig die Sozialdemokratie im Reich, und erst recht in Preußen, und in holder Eintracht mit ihr das Zentrum zum Wahlausgang: „Bedrückt mich nicht.“ Der Wille des Volkes ist sehr schön, aber es darf die schwarz-rote Koalition nicht führen, jene Koalition, die in Preußen sichtbar und im Reich unsichtbar durch das feste Band der gemeinsamen Angst zusammengehalten wird. Bei Brüning ist es die Angst um seine Mehrheit, bei den Sozialdemokraten die Angst um die fetten Pfanden in Preußen. Aengste nach außen und Aengste nach innen. Wirklich ein schönes Liebesmittel für eine parlamentarische Mehrheit für Brüning. Hier ist der Schlüssel zu allen Geheimnissen der Sphinx, um die seit Wochen ein gewaltiges Rätselraten in allen deutschen Ländern im Gange war. Und nun gibt's keine Sensation, keine Ueberraschung, es wird nicht einmal eine prickelnde, nerventönde Abstimmung geben, bei der es um wenige Stimmen ginge, wie bei den letzten Abstimmungen im alten Reichstag, wo sich die Sozialdemokratie noch wild und trotzig auführte und einen fürchtbaren Eid tat, diese Notverordnungen nie zu schluden. Heute erfüllt man diese Pflicht, ohne eine Miene zu verziehen. Man geht über alle unangenehmen Misstruensanträge und Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen zur Tagesordnung über, man läßt sich ebenso brav und folgsam in die Fellen schicken, bis die Regierung willens ist, vielleicht Anfang Dezember, vielleicht auch später, diese waderen Volksvertreter zu neuen Laten zusammenzubersufen. Braucht man sich zu wundern, daß das Regierungsprogramm des Kanzlers der neuen Koalition der Aengste so abgenutzt, so langweilig klang, nachdem dieses Kabinett entschlossen ist, sich zwischen alle Stühle, von der Sozialdemokratie bis zur gemäßigten Rechten, zu legen? Soll man noch fragen, was Brüning in diesem miserabel vorgetragenen Ragout aus sämtlichen Partei- und Ressortküchen gefagt hat? Die Antwort kann nur lauten: Alles, nur nicht das, worauf es ankommt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fragt mit löflicher Naivität: „Sollte man nicht glauben, daß auf ein solches Sanierungsprogramm sich alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, einlassen müßten. Ja, sie müßten es, wenn es sich um ein Programm handelte, das Räte wektern soll, die durch eine schlechte Regierung und durch eine gewöhnliche Wirtschaftskrise hervorgerufen worden sind. Hier aber sind die Ursachen tiefer. Es handelt sich doch um nichts anderes, als um die verhängnisvollen Auswirkungen der Tributzahlungen. Mit der billigen Zauberformel „Weltwirtschaftskrise“ kommt man unserer Not nicht mehr bei. Die Regierung weiß das so gut wie wir alle. Aber sie findet nicht den Mut, zu sagen, daß Deutschland dann eben eine Revision